

## Regierungserklärung von Helmut Kohl (Berlin, 4. Oktober 1990)

**Legende:** Am 4. Oktober 1990, in seiner ersten Regierungserklärung vor dem gesamtdeutschen Bundestag, kommt Bundeskanzler Helmut Kohl auf die internationale Dimension der deutschen Wiedervereinigung zu sprechen.

**Quelle:** Die Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990, Verträge und Erklärungen. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1991. 288 S. (Berichte und Dokumentationen).

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/regierungserklarung\\_von\\_helmut\\_kohl\\_berlin\\_4\\_oktober\\_1990-de-f4fa1f85-e1b4-4c2b-9837-6ff964887745.html](http://www.cvce.eu/obj/regierungserklarung_von_helmut_kohl_berlin_4_oktober_1990-de-f4fa1f85-e1b4-4c2b-9837-6ff964887745.html)

**Publication date:** 23/10/2012

## Regierungserklärung von Helmut Kohl (Berlin, 4. Oktober 1990)

[...]

III.

Deswegen war es von Anfang an unser Bestreben, die inneren und äußeren Aspekte unseres Weges zur Einheit so eng wie möglich miteinander zu verknüpfen. Für uns gilt weiterhin: Deutschland ist unser Vaterland, das vereinte Europa unsere Zukunft.

Uns war stets bewußt, daß der Weg der Deutschen zur staatlichen Einheit bei vielen Menschen in Europa und auch anderswo Fragen ausgelöst hat, bei nicht wenigen sogar Unbehagen ja Befürchtungen. Wir verstehen, ja wir achten diese Gefühle. Aber wir dürfen in diesem Zusammenhang auch an vierzig Jahre stabiler rechtsstaatlicher Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland erinnern.

Die kommenden Jahre werden zeigen, daß das vereinte Deutschland für ganz Europa einen Gewinn bedeutet. Wir haben um so mehr Grund zur Zuversicht, als bereits die Zwei-plus-Vier-Gespräche über die äußeren Aspekte der Einheit von bemerkenswertem gegenseitigem Vertrauen geprägt waren.

Anfang dieser Woche haben wir das Ergebnis dieser Gespräche, den Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, der KSZE-Außenministerkonferenz in New York vorgestellt. Das erste gesamtdeutsche Parlament - Sie, meine Damen und Herren - ist nunmehr aufgerufen, diesem wahrhaft historischen Vertrag seine Zustimmung zu geben.

Im Innern wie nach außen wollen wir gute Nachbarn sein. Deutsche Sonderwege oder nationalistische Alleingänge wird es auch in Zukunft nicht geben. Wir wollen - getreu der Präambel unserer Verfassung - als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. Dieser Auftrag verkörpert unser Verständnis von Souveränität.

Wir sind bereit, sie im Sinne unserer Verfassung mit anderen zu teilen: Unser Grundgesetz weist uns den Weg, Hoheitsrechte der Bundesrepublik Deutschland auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen und uns - unter Beschränkung unserer Hoheitsrechte - in Systeme kollektiver Sicherheit einzuordnen.

Wir stehen unwiderruflich zu unserem Bündnis, zur Solidarität und zur Wertegemeinschaft mit den freiheitlichen Demokratien des Westens, ganz besonders mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wir wollen mit Nachdruck daran mitarbeiten, die zukunftsweisenden Beschlüsse der Atlantischen Allianz umzusetzen: das Gesamtkonzept der Abrüstung und Rüstungskontrolle von 1989 und die Londoner Gipfelerklärung vom Juli dieses Jahres.

Wir arbeiten mit an der Neugestaltung von Strategie und Struktur unseres Bündnisses. Wir prüfen - innerhalb der NATO wie auch innerhalb der WEU -, wie wir gemeinsam mit unseren Verbündeten neuen Gefährdungen unserer Sicherheit, insbesondere aus Krisenregionen, solidarisch und noch wirksamer begegnen können.

Deutschland und Europa brauchen auch in Zukunft die partnerschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada. Wir wollen dies in einer Transatlantischen Erklärung bekräftigen und auf eine noch breitere Grundlage stellen. Die nordamerikanischen Demokratien müssen auf dreifache Weise in Europa verankert sein: durch die Atlantische Allianz, durch eine immer enger werdende Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und durch ihr Mitwirken am KSZE-Prozeß.

Meine Damen und Herren, auf der Tagesordnung der kommenden Jahre stehen die Schaffung einer Europäischen Union und die Gestaltung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Die Vollendung der deutschen Einheit erweist sich als eine große, ich möchte sagen: als die Chance, das Werk der europäischen Einigung zu beschleunigen.

Vor wenigen Tagen haben Präsident Mitterrand und ich in München erneut bekräftigt, daß Frankreich und Deutschland auch künftig Motor der europäischen Einigung sein werden und daß wir gemeinsam die europäische Friedensordnung mitgestalten wollen. Auch in diesem Zusammenwirken kommt zum Ausdruck, welch existentielle Bedeutung wir der Partnerschaft zwischen Frankreich und dem vereinten Deutschland beimessen.

Sie war schon in den letzten Jahrzehnten von entscheidender Bedeutung. Sie wird in der vor uns liegenden Phase wichtigster Entscheidungen noch bedeutsamer. Deswegen ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich für uns - ich sage es noch einmal - von existentieller Bedeutung.

Auf unsere gemeinsame Initiative werden noch in diesem Jahr, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der italienischen Präsidentschaft, die Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion und über die Politische Union eröffnet werden. Diese Integrationsschritte sind unerlässlich, damit die Europäische Gemeinschaft ihrer wachsenden politischen und wirtschaftlichen Rolle und Gesamtverantwortung gerecht werden kann.

Meine Damen und Herren, die Europäische Union, die wir anstreben, soll ein festes Fundament für das Zusammenwachsen ganz Europas sein und dessen Kern bilden. Mit Frankreich sind wir entschlossen, uns für die Schaffung einer europäischen Konföderation einzusetzen, in der alle Staaten unseres Kontinentes gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Aber es darf kein Zweifel entstehen: Wir wollen die Politische Union; wir wollen nicht eine gehobene Freihandelszone, sondern die politische Einigung Europas im Sinne der Römischen Verträge.

Wir im vereinten Deutschland sind uns der Tatsache bewußt, daß der Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die KSZE, einen wichtigen Beitrag geleistet hat, die trennenden Gräben auf unserem Kontinent zu überwinden.

Wir wollen den Ausbau der KSZE weiter nach Kräften unterstützen. Dabei geht es uns vor allem um einen weiter verbesserten Schutz der Menschen- und Bürgerrechte. Wir wollen auch den Schritt zu ständigen Institutionen gehen. Im Mittelpunkt unseres Interesses steht jetzt ein Konfliktverhütungszentrum. Die im kommenden Monat anstehende Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der 34 KSZE-Staaten soll in all diesen Fragen die Weichen stellen.

Ebenso wollen wir, daß sich in Paris die Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt in einer Gemeinsamen Erklärung die Hand zur Freundschaft und zu einer jetzt möglichen neuen Partnerschaft reichen. Wir hoffen, daß danach alle übrigen KSZE-Partner mit uns einen solchen Gewaltverzicht feierlich bekräftigen. In alledem, meine Damen und Herren, sehen wir Bausteine für übergreifende Strukturen der Sicherheit und Zusammenarbeit in ganz Europa.

Das Ziel meiner ersten Regierungserklärung vor jetzt gerade acht Jahren - „Frieden schaffen mit weniger Waffen“ - wird auch Richtschnur der von mir geführten gesamtdeutschen Bundesregierung sein.

In den letzten Jahren konnten großartige Erfolge erzielt werden, die in der Geschichte von Abrüstung und Rüstungskontrolle ohne Beispiel sind. Die Bundesregierung hat sie maßgeblich mitgestaltet:

Fast alle nuklearen Mittelstreckenraketen, die in unserem Lande standen, sind bereits verschrottet, meine Damen und Herren.

Wer erinnert sich in diesem Augenblick nicht an die Debatten im Jahre 1983, als beschwörend von Kriegsgefahr die Rede war, um bei den Menschen Angst zu erzeugen? „Frieden schaffen mit weniger Waffen“: Dies ist die Politik, die sich durchgesetzt hat.

Vor wenigen Tagen sind die letzten amerikanischen Chemiewaffen von deutschem Boden abgezogen

worden, allen Behauptungen jener zum Trotz, die den Menschen jahrelang eingeredet haben, die Zusagen der Amerikaner würden nie eingelöst.

Ich danke Präsident Bush für den Abzug dieser Waffen, und ich danke zugleich Präsident Ronald Reagan für die Zusage, die er damals gegeben hat.

Meine Damen und Herren, alle diese Erfahrungen ermutigen uns, auf weitere Fortschritte zu drängen. Ich nenne vor allem die Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa. Ein erstes Abkommen über die konventionelle Abrüstung in Europa wird bald fertiggestellt und beim KSZE-Gipfel im November unterzeichnet werden.

Unmittelbar danach werden die Wiener Verhandlungen fortgesetzt. Deutschland - das dürfen wir mit Stolz sagen - hat hierzu Schrittmacherdienste geleistet: Wir haben uns am 30. August 1990 vor dem Wiener Verhandlungsforum verpflichtet, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf die Zahl von 370 000 Mann zu vermindern.

Wir gehen davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Teilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa - einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken - leisten werden.

Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit ihren Bündnispartnern auch auf den anderen Feldern der Abrüstung und Rüstungskontrolle energisch für Fortschritte ein. Dies gilt insbesondere für ein weltweites Verbot chemischer Waffen sowie für die Reduzierung der Zahl strategischer Nuklearwaffen und nuklearer Systeme kürzerer Reichweite der Sowjetunion und der USA.

Ich habe eingangs dankbar gewürdigt, daß die tiefgreifenden Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa unseren Weg zur deutschen Einheit wesentlich gefördert haben. Wir haben diese Reformprozesse von Anfang an nach besten Kräften gefördert und unterstützt.

Eine Schlüsselrolle spielt die umfassende Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in gesamteuropäischer Verantwortung.

Bei den Gesprächen im letzten Jahr in Bonn und vor wenigen Monaten im Kaukasus haben Präsident Gorbatschow und ich die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen jetzt auf eine qualitativ neue Stufe gehoben werden.

Ich bin mir mit Präsident Gorbatschow darin einig, daß die Deutschen und die Völker der Sowjetunion jetzt einen Schlußstrich unter die leidvollen Kapitel der Geschichte ziehen und an ihre guten Traditionen anknüpfen sollten. Wir wollen durch ein solches Werk der Verständigung und Versöhnung auch einen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas leisten.

Diesem Ziel dient der jetzt fertig verhandelte Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit. Ich freue mich, daß Präsident Gorbatschow nach Deutschland kommen wird, um gemeinsam mit mir diesen wegweisenden Vertrag zu unterzeichnen.

In diesen Zusammenhang gehört auch der vollständige Abzug sowjetischer Truppen vom deutschen Territorium bis Ende 1994.

Fünfzig Jahre, nachdem sowjetische Soldaten das damalige Reichsgebiet erreicht hatten, ziehen die sowjetischen Soldaten jetzt ab. Wir wissen, was das für uns alle bedeutet. Gerade die sowjetischen Soldaten und ihre Familien sollen wissen: Wir sind bereit, ihre Rückkehr in die Heimat, etwa im Bereich des Wohnungsbaus, zu erleichtern und ihnen zu helfen.

Meine Damen und Herren, ein vergleichbares Friedenswerk gesamteuropäischen Ranges haben wir uns auch mit der Republik Polen vorgenommen. Wir wissen alle um die schwere Last der Geschichte dieses

Jahrhunderts. Aber in der Geschichte beider Völker gibt es viele gute Kapitel, an die wir heute anknüpfen können. Ich denke, die Zeit ist jetzt reif für eine dauerhafte Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Wir wollen die deutsch-polnischen Beziehungen der Zukunft auf festen Fundamenten errichten:

- Nach den Entschlüssen des Deutschen Bundestags und der damaligen Volkskammer vom 21. Juni dieses Jahres kann an unserer Bereitschaft zu einer endgültigen und völkerrechtlich verbindlichen Bestätigung der bestehenden Grenze kein Zweifel bestehen. Dies haben wir auch im Zwei-plus-Vier-Vertrag ausdrücklich zugesagt.

- Die Gemeinsame Erklärung, die Ministerpräsident Mazowiecki und ich im November vergangenen Jahres unterzeichnet haben, bedeutet einen Neuanfang im Zeichen der Verständigung und der Aussöhnung. Darin eingeschlossen sind wichtige Zusagen zur Achtung der Minderheitenrechte, auf die wir besonderen Wert legen. Ich werde mich in dieser Sache sehr persönlich engagieren.

Mit freundschaftlichem Rat und mit hilfreicher Tat werden wir auch weiterhin den Reformweg Ungarns begleiten. Diese Bereitschaft gilt ebenso für die CSFR. Die Bundesregierung ist entschlossen, in diesen Ländern auch einen Schwerpunkt ihrer auswärtigen Kulturpolitik zu setzen.

Den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas insgesamt gilt unser Angebot, sie durch eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Assoziierung möglichst bald und eng an die Europäische Gemeinschaft heranzuführen.

Meine Damen und Herren, die Entwicklungen in Europa und unsere Verpflichtungen auf diesem Kontinent lassen uns zu keinem Zeitpunkt vergessen, welche Konflikte, welche Sorgen, welche Probleme die Menschen in anderen Teilen der Welt bedrängen. Unter Hunger, Armut, Not und Überbevölkerung leiden viele Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Überschuldung untergräbt ihre politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität. Wir werden auch künftig Menschen in Not solidarisch helfen.

Die Achtung der Menschenrechte sowie eine freiheitlich-soziale Ordnung in Staat und Wirtschaft sind die besten Voraussetzungen für politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung. Diese Erkenntnis setzt sich mehr und mehr durch. Wir begrüßen das sehr, und wir wollen insbesondere dort, wo die entsprechenden Reformen eingeleitet werden, die notwendige Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle sind uns bewußt: Dem vereinten Deutschland wächst eine größere Verantwortung in der Völkergemeinschaft zu, nicht zuletzt für die Wahrung des Weltfriedens. Wir werden dieser Verantwortung sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen, der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz als auch in unserem Verhältnis zu einzelnen Ländern gerecht werden. Wir wollen dafür bald klare verfassungsrechtliche Voraussetzungen schaffen.

Wir verurteilen aufs schärfste die irakische Aggression gegen Kuwait, dessen Annexion und die völkerrechtswidrige Verschleppung ausländischer - darunter auch deutscher - Bürger. Dies ist eine Herausforderung für die Völkergemeinschaft und für die Vereinten Nationen. Es ist zugleich ein Testfall für die gemeinsame Entschlossenheit.

Die Bundesregierung unterstützt eine Lösung der Krise, die den Entschlüssen des Sicherheitsrates in vollem Umfang Rechnung trägt. Wir haben unseren Beitrag zur internationalen Solidarität geleistet, und wir sind sicher, daß ein weiterer Beitrag in nächster Zukunft, im neuen Jahr, fällig sein wird.

Die Bundesregierung wird ebenso aktiv an der Lösung der globalen Menschheitsprobleme mitwirken:

Die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit müssen auch für kommende Generationen erhalten werden. Dem Schutz der tropischen Regenwälder gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Ich hoffe sehr, daß das, was wir auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston vor einigen Monaten beschlossen haben, noch bis zum nächsten Gipfel Wirklichkeit wird: in neuen Verhandlungen mit der Regierung Brasiliens zu erreichen,

daß die dort vorhandenen Bestände an tropischen Regenwäldern für die Zukunft gesichert werden.

Wir wollen den Teufelskreis von Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung durchbrechen helfen.

Wir werden den Kampf gegen Drogen, gegen Seuchen sowie gegen den internationalen Terrorismus verschärfen.

Die weltweite Stärkung des Schutzes der Menschenrechte, auch und gerade der Rechte nationaler, ethnischer und religiöser Minderheiten, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe unserer Außenpolitik. Vor dem Hintergrund der Geschichte unseres Jahrhunderts wollen wir helfen, Flüchtlingsströmen in aller Welt vorzubeugen und den Menschen in ihrer angestammten Heimat ein Leben in Recht und Würde zu sichern.

Bei allem, was wir jetzt auch im Bereich der Asyl- und der Ausländerpolitik noch zu tun haben, müssen wir wissen: In einem Europa der offenen Grenzen, in einer Welt, die immer enger zusammenwächst, müssen wir die Ursachen der Flüchtlingsströme bekämpfen - dort, wo sie entstehen.

Im ersten Artikel unseres Grundgesetzes bekennt sich „das Deutsche Volk ... zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“.

Dies ist der entscheidende moralische Antrieb für die Politik des vereinten Deutschland.

Heute, meine Damen und Herren, können wir der jungen Generation in Deutschland und Europa, der Generation unserer Kinder und Enkel, sagen: Ihr habt alle Chancen auf ein Leben in Frieden und Freiheit. Ihr habt alle Chancen, euer Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, in Familie und Beruf persönliches Glück zu finden.

Eigene Anstrengungen sind dabei gefordert, das ist wahr. Aber wann je, meine Damen und Herren, konnte eine junge Generation in Deutschland mit mehr Grund zu Hoffnung und Zuversicht nach vorne blicken?

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich glaube, es lohnt sich mehr denn je, an der Gestaltung dieser Zukunft Deutschlands und der Zukunft Europas mitzuwirken.

Die gesamtdeutsche Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird ihren Beitrag dazu leisten. Bei allem, was uns im einzelnen trennen mag, darf ich uns gemeinsam einladen, an diesem großen Werk mitzuwirken.